

# Sohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Bezugspreis monatlich M. 2.25, durch Boten frei ins Haus geliefert, bei Abholung in den Geschäftsstellen M. 2.—, Wochenkarten 50 Pfg. Bei Postbezug vierteljährlich M. 8.75 ausschließlich Zustellungsgebühr. Einzelne Nummer 15 Pfg. Ausgabe werktäglich nachmittags. Falls durch höhere Gewalt, Betriebsstörung, Streik, Sperrung, Auslieferung der Anzeiger verspätet oder nicht erscheint, ist der Verlag nicht zum Ersatz verpflichtet. — Postfachkonto Leipzig 49214. Geschäftsstellen: Sohenstein-Ernstthal, Bahnstr. 8.

Oberlungwitzer Tageblatt  
und  
Gersdorfer Tageblatt

Anzeigenpreis im Verbreitungsbezirk die Gespaltene Zeile 40 Pfg., sonst 50 Pfg., Restanzen 1,25 M.; bei Wiederholungen tarifmäßiger Nachlässe. Auskunftsleistung und Vermittlung von schriftlichen Angeboten 80 Pfg. Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jeden Befragten aus. Bei zwangsweiser Einstellung der Anzeigengebühren durch Abgabe oder im Kontraktfall gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung. — Fernsprecher Nr. 152.

Tageblatt für Sohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Fernsdorf, Rösdorf, Bernsdorf, Wilsenbrand, Mittelbach, Gröna, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Langenchursdorf usw.

Nr. 35

Donnerstag, den 12. Februar 1920

47. Jahrgang

**Kartoffeln**, die infolge Frostwetters auf dem Transport Frostschäden erlitten haben, auf dem Güterbahnhof nur gegen **Wochenkartoffelbezugskarte**. Jede Person 5 Pfund, 1 Pfund kostet 15 Pfg. Abgezahltes Geld ist mitzubringen.  
Donnerstag: 8-9: 1-100, 9-10: 101-200, 10-11: 201-300, 11-12: 301-400, 2-3: 401-500, 3-4: 501-600, 4-5: 601-700.  
Freitag: 8-9: 701-800, 9-10: 801-900, 10-11: 901-1000, 11-12: 1001-1100, 2-3: 1101-1200, 3-4: 1201-1300, 4-5: 1301-1400.

**Marmelade**, jede Person 1 Pfund = Mk. 1.30. 1-200: Lorenz, Hüttengrund, 201-1400: Breitschneider, Bismarckstr., 1401-2700: Egetland, Breite Str., 2701-3700: Kefz, Chemnitz Str., 4001-5850: Konsumverein.

**Hafersfloren** für Inhaber der Wochenkartoffelbezugskarten, jede Person 200 Gramm 1 Pfund = Mk. 3.50. 1-200: Lorenz, Hüttengrund, 201-350: Erdger, Schubertstr., 351 bis 20: Müller, König-Albertstr., 521-840: Jocke, König-Albertstr., 841-1015: Starke, Altmarkt, 1016-1400: Grönig, Karlsruh, 1401-1590: Engler, Wagenstr., 1591-1970: Werner, Zillplatz, 1971 bis 2145: Weinreich, Weinkeilerstr., 2146-2290: Grönig, Karlsruh, 2291-2730: Stephan, Pfarrbahn, 2731-2845: Berger, Bahnstr., 2846-3700: Wüschmann, Aktienstr., 4001-5850: Konsumverein. In den vorstehend aufgeführten Geschäften erhalten auf Marke M 3 der Lebensmittelkarte 2 Mütter gleichzeitig 200 Gramm Hafersfloren.

## Dienstpflicht für den Bergbau.

Die Kohlennot und ihre Folgen werden von Tag zu Tag besorgniserregender. Es will nicht gelingen, eine Lösung der Krise herbeizuführen. Man kann sich daher nicht wundern, wenn sich die Volkswirtschaftler die Köpfe darüber zerbrechen, wie diese Lage beseitigt werden kann. Daß dabei auch Pläne zutage kommen, denen eigenartige Gedanken zugrunde liegen, zeigen die Ausführungen des bekannten Sozialdemokraten Quessel, der in der Wochenzeitung „Das Tagebuch“ allen Erstes die Pflicht zum Bergbau als einzigen Ausweg vorschlägt. Der Aufsatz ist ein heimlicher Fehderus gegen die neue herrschende Klasse in Deutschland — zugleich ein Rezept zur Enthronung ihrer Herrschaft. Als die jetzt herrschende Klasse Deutschlands bezeichnet Quessel allein die Bergarbeiter. Er geht der Frage auf den Grund, wie die Tyrannie der Bergarbeiter zu brechen ist. Das starke Argument, welches die Bergarbeiter für ihr Vorrecht, selbstverleib über das Schicksal der Nation zu entscheiden, vorbringen können, ist ihre Unentbehrlichkeit. Und in der Tat, wenn heute die Bergleute die Arbeit einstellen, so wird jede Regierung in Deutschland vergebens nach Menschen suchen, die sie ersetzen könnten.

So schreibt Quessel. Er zieht daraus den Schluß: „Wir können in Zukunft nur wieder über das Schicksal unserer Wirtschaft selber bestimmen, wenn es gelingt, die Bergbauarbeit zu einer Verschärfung zu machen, die für kürzere oder längere Zeit jeder Bürger verrichten kann.“ Wenn das nicht irgendwie erreicht werden kann, so sind alle Freiheitsrechte, die das deutsche Volk sich errungen hat, ein wertloses Stück Papier. Quessel schlägt deshalb die Einführung einer Dienstpflicht für den Bergbau vor. Die Ableistung dieser Dienstpflicht müßte, wie einst die Militärdienstpflicht, gewisse Stellen und Ämter im öffentlichen Leben, in der Verwaltung usw. vor anderen Mitbürgern, die keine Arbeit im Bergbau hinter sich haben, zu erreichen.

Quessel schreibt weiter: „Wird das deutsche Volk die Freiheit, den Umfang seiner Produktion, die Größe seiner Ausfuhr, die Höhe seiner Lebenshaltung selbst bestimmen, wieder zurückgewinnen, so darf der Eintritt in den Bergbau nicht nur in Zukunft nicht mehr als sozialer Aufstieg angesehen werden. Zunächst brauchen wir von Männern, die die Arbeit im Bergbau als ein Mittel zum sozialen Aufstieg ansehen, nicht zu befürchten, daß sie das große Schwungrad unserer Volkswirtschaft jeden Monat durch wilde Streiks zum Stillstand bringen.“

Wir haben den Vorschlag Quessels nicht weitergegeben, weil wir den Weg für gangbar halten, sondern erstlich des allgemeinen Interesses halber, zweitens als Zeugnis für den Wandel in den Anschauungen eines führenden Sozialisten. Quessel hat sicherlich früher auch den militärischen Zwangsdienst bekämpft, heute betont er dessen Notwendigkeit und möchte ihn durch einen anderen Zwangsdienst ersetzt wissen. Die Ausführungen zeigen aber auch, wie ernst in Wahrheit die Bergarbeiterfrage ist. Trotzdem scheint uns die Einführung einer Dienstpflicht im Bergbau ganz ausgeschlossen. Selbst die deutschen Arbeiter, soweit sie nicht in Kohlengruben tätig sind, würden einen solchen Zwang ablehnen.

## Die sächsische Volksvertretung gegen die Auslieferung.

Dresden, 10. Febr.  
Präsident Frähdorf eröffnet die Sitzung. Das Haus, von der äußersten Rechten bis zu den Mehrheitssozialisten, erhebt sich von den Plätzen bei den ersten Worten des Präsidenten. Die Unabhängigen bleiben sitzen. Die Rede des Präsidenten lautet:

„Ich habe die Kammer zu folgender Kundgebung aufzufordern: Was viele nur für böshafte Drohung hielten, ist Wirklichkeit geworden. Die veränderten Sieger fordern die Auslieferung von 900 Deutschen, die beschuldigt werden, das Völkerverbrechen begangen zu haben. Die Liste ist noch nicht abgeschlossen. Man erinnere sich: Durch die ungeheure Hungersnot sind viele Hunderttausende deutscher Frauen und Kinder gemordet worden. Während des Waffenstillstandes ist die Placade aufrechterhalten worden und mehrere ungezählte Opfer sind an der Folgen der Entbehrung gestorben. In erinnere an den Kindermord in Karlsruhe und daran, daß in Seenot befindliche deutsche Matrosen von den Feinden nicht gerettet wurden. Die schmachvollen, unerfüllbaren Friedensbedingungen berauben Deutschland seiner Lebensbedingungen und verhindern ein Aufleben von Industrie, Handel, Landwirtschaft und Verkehr. Not, Hunger, Krankheit und Tod ziehen deshalb verheerend durch die deutschen Lande. Zudem soll Deutschland nun, allem Völkerverbrechen wider, 900 Landeskinde zur Aburteilung an „indische Gerichte“ ausliefern. Die Angeeschuldigten werden bei solchen Verfahren verurteilt, bevor der Prozeß beginnt. Damit will man alle Schuld auf Deutschland schieben und sich selbst der Welt gegenüber als schuldlos darstellen.“

Die Auslieferung ist technisch eine Unmöglichkeit. Ihre Vornahme würde den Bürgerkrieg zur Folge haben. Man glaube nur ja nicht, daß, wenn Deutschland diese Forderung erfüllen könnte, wir Ruhe bekämen. Das Gegenteil würde eintreten. Jeder Prozeß würde zu neuen Repressalien ausgeschachtet und die Annäherung der Völker verhindert. Die Prozesse würden jahrelang dauern. Die Auslieferung, ein schmachvolles und unerhörtes Verlangen, bedeutet, daß das deutsche Volk jede Selbstachtung von sich werfen und sich selbst schänden soll.

Ein einziger Schrei der Entrüstung ertönt deshalb in allen Gauen. Ob arm, ob reich, ob Mann oder Weib, ob rechts oder links gerichtet, alle Deutschen müssen dieses schmachvolle Verlangen, das gar nicht erfüllt werden kann, einmütig zurückweisen. Wir, die Vertreter des sächsischen Volkes, wissen uns eins mit unseren Wählern in der Beurteilung dieser Frage. Wir sind darin einig mit der Staatsregierung, der Reichsregierung, dem Staatenschatz und dem deutschen Volke: „Sind Schuldige zu strafen, so hat das von deutschen Richtern zu erfolgen.“ Dazu sind alle Garantien zu geben. Von den Verbündeten aber wird ein gleiches Verhalten ihren Schuldigen gegenüber gefordert. Die angebotene Zurückhaltung unserer Gefangenen, die erneute Placade und die Befehle weiteren deutschen Gebietes wären neue Brutalitäten und grobe Verstöße gegen Menschlichkeit und Völker-

recht. Das Leben ist der Güter höchstes nicht! Das gilt auch für ein Kulturvolk ersten Ranges, wie es das deutsche ist. Soll's ans Sterben gehen, nun, so sei es! Aber niemals in Feigheit und Schande. Lieber tot als Sklav! Ruhe und Würde müssen gegen Fremde gewahrt werden, so sie bei uns das Gastrecht genießen. Die sächsische Volkstammer läßt namens des sächsischen Volkes in ihrem Schmerz und Jörn den Ruf laut ertönen: „Fort mit dem Auslieferungsbewilligen! Heraus mit unseren Gefangenen!“ Um dieser Kundgebung und unseren Gefühlen besonderen Ausdruck zu geben, treten wir heute nicht in die Beratung der Tagesordnung ein. (Lebh. Beifall und Bravorufe.) Ich beäume die nächste Sitzung auf Mittwoch, den 11. Februar, mittags 1 Uhr, mit der für heute vorgesehenen Tagesordnung an.

Einer Wortmeldung des Abg. Fleißner (Unabh.) begegnet der Präsident durch die Feststellung: „Die Sitzung ist geschlossen“, worauf Abg. Fleißner in den Saal ruft: „Komödienpiel.“

## Uebereinstimmung zwischen Sozialdemokraten und Regierung.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung beriet gestern von 10 Uhr vormittags bis in die Nachmittagsstunden über die Auslieferungstrage, ohne Beschlässe zu fassen. Als Ergebnis der Besprechung, an welcher sich auch der Reichszentralrat und der Minister des Auswärtigen beteiligten, kann laut „Vorwärts“ festgestellt werden, daß die Fraktion mit der grundsätzlichen Haltung der Regierung vollkommen einverstanden ist.

## Amerika nicht unter den Unterzeichnern der Auslieferungsliste.

Nach dem Pariser „Temps“ trägt die Auslieferungsliste die Unterzeichner sämtlicher bevollmächtigter Vertreter der vier allierten Großstaaten. Der amerikanische Minister hat den Schlussverhandlungen beigewohnt, sich jedoch aus formalen Gründen der Unterzeichnung enthalten.

## Englands Politik der Veruhigung.

Der Wiener „Neue Tag“ erfährt von maßgebender Quelle, daß sich das britische Kabinett entschlossen habe, eine Politik der Veruhigung Europas zu treiben. Auch die englische Staatsmannschaft dränge darauf, daß endlich eine Neuorientierung der englischen Politik eintrete. Aus dieser Neuorientierung der englischen Politik erkläre sich sowohl die Haltung der britischen Regierung gegenüber dem Reich als auch ihre Haltung in der Auslieferungstrage.

## Der Erzberger-Prozeß.

In der gestrigen Sitzung wurde zunächst der Fall Berger erörtert. Im Mai 1917 hatte Erzberger in einem Streite zwischen dem Reichsfinanzamt und der Liebfrau-Firma Berger einen Schiedsrichter gestellt, welcher nach Ansicht des Reichs zum Gunsten der Firma ausgefallen ist. Im Juli desselben Jahres, also zwei Monate später, sei Erzberger in den Ausschichtsrat dieser Firma gewählt worden. Im Zusammenhange hiermit kam es zu Erörterungen des Falles der Firma Richter. Am 27. November 1917 hatte ein Herr von der Colf, der zu den leitenden Persönlichkeiten der Maschinenfabrik Richter gehört, einen Brief an Erzberger geschrieben, in welchem er ihn um seine Intervention in einer Angelegenheit ersuchte. Es handelte sich um Geld- und Frettelieferungen, für welche das Reichsamt des Innern die entscheidende Instanz war. Herr von der Colf ersuchte den Abg. Erzberger, die für die Entscheidung maßgebenden Persönlichkeiten für die Angelegenheit zu interessieren; er wäre bereit, dafür drei Prozent des Umsatzes auszugeben.

Helfferich erklärt: Ein späteres Schreiben des Kanalamts teile mit, daß die Kanalfische Baugesellschaft Erzberger neuerdings als Schiedsrichter benannt habe. Das Kanalamt beabsichtige aber, auf Grund der Vorgänge bei Berger Liebfrau Erzberger als Schiedsrichter abzulehnen. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen kündigte Helfferich an, benehmen zu wollen, daß Erzbergers Eintritt in den Ausschichtsrat bereits im Frühjahr 1916 für den Fall einer Bilanz verabredet wurde. Trotzdem habe Erzberger noch in drei Fällen als Schieds-

richter zwischen dem Reichsfinanzamt und dieser Gesellschaft gewirkt, obwohl er als präsumptives Ausschichtsratsmitglied bereits interessiert gewesen sei.

Erzberger bekundet als Zeuge, er sei mit Berger im Jahre 1908 in Verbindung getreten, nachdem er bei Streitigkeiten an der Firma schon als Schiedsrichter gewirkt hatte. Eine vorherige Beratung über seinen Eintritt in den Ausschichtsrat mit Berger habe nicht stattgefunden. Berger sei unerwartet mit einer diesbezüglichen Aufforderung an ihn herangetreten. Es folgt eine eingehende Erörterung über die Beziehungen Erzbergers zu Berger.

## Mundschau.

### Sachsen für Beibehaltung der Zwangswirtschaft.

Bekanntlich finden in Berlin seit einigen Tagen Beratungen über die Frage der Beibehaltung oder des Abbaues der Zwangswirtschaft statt. Sachsen vertritt nach wie vor den Standpunkt, den auch der Reichswirtschaftsminister Schmidt bei seiner kürzlichen Anwesenheit in Dresden als den seinigen bekannnt hat: es lehnt den Abbau der Zwangswirtschaft als zurzeit unmöglich ab.

### Nach der kirchlichen Wochenfeier etc.

Im Gesetzgebungsausschuß der Volkstammer haben am Dienstag die Unabhängigen einen Antrag eingebracht, die sächsische Regierung zu ersuchen, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß für Erwerbstätige und Angestellte durch Reichsgesetz die Gewährung von Ferien in der Winterruhe von sechs aufeinanderfolgenden Wochentagen angeordnet werde. Nach dieser reichsgesetzlichen Regelung soll sich die Volkstammer bereit erklären, die sächsischen Wochenfeiertage als: Sohneujahr, Winterbuhstag und Reformationsfest, die allgemeinen Feiertage: Karfreitag, Dimmelfahrt und Herbstbuhstag ihres Charakters als staatlich anerkannte Feiertage zu entkleiden. Das sächsische Gesetz betr. die Sonn-, Fest- und Ruhetage vom 10. Sept. 1870 stellt Ausführungsverordnung vom gleichen Tage fest aufgehoben werden.

### Wahlmännerversammlung.

Aus Jena wird uns gemeldet: Man schätzt, daß sich über 90 Prozent der über 110 000 Stimmberechtigten an gestrigen Entscheidungssitzung beteiligt haben. Allerdings weiß man noch nicht, ob nicht eine große Zahl weißer Get. abgegeben worden sind. Es sind bisher keine nennenswerten Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Bis Mitternacht lauten folgende Ergebnisse vor: Londern: Deutsche 2503, Dänen 741, Sonnderburg: Deutsche 2601, Dänen 2027, Aperrade: Deutsche 1675, Dänen 1410, Habersleben: Deutsche 1336, Dänen 2304.

### Unsere bisherigen Lieferungen und Leistungen.

Reichsminister Hermann Müller erklärte dem Berliner Vertreter der „Chicago Tribune“ in einer Unterredung: Nach Schätzungen, die von den zuständigen deutschen Zentralstellen aufgestellt worden sind, und bei denen, so gut es möglich war, der Wert nach dem Zeitpunkt der Lieferungen und Leistungen in Goldmark abgeschätzt worden ist, sind bisher folgende Leistungen bewirkt worden: (in Millionen Goldmark) 1. Saarruben 1000, 2. Liquidation deutscher Unternehmen im Ausland 12 000, 3. Reichs- und Staatselgentum in den abzutretenden Gebieten 6000, 4. Handelsflotte 8250, 5. Naturalien-Lieferungen: a) Kohlen 240, b) Maschinen 150, c) Eisenbahnmaterial 750, d) Kabel 66, 6. Zurückgeliefertes Staats- und Privateigentum soweit sie unmittelbaren Kampcharakter tragen 7000, 7. Bisherige Kosten für das Belagerungsheer 666. Die Summe der Lieferungen beträgt 36 722 Millionen Goldmark. Dazu kommen die bereits begonnenen aber noch nicht abgeschlossenen Lieferungen von Blei im Werte von 390 Millionen Goldmark und Farbstoffe im Werte von 200 Millionen Goldmark, sowie die Lieferungen durch Oesterreich, Bulgarien und die Türkei im Betrage von 2000 Millionen Goldmark. Ausdrücklich hervorgehoben sei, daß bei diesen Ziffern die zurückgelieferten Werte in Bargeld